

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

IV. Quartal 1990

3. Oktober: Der deutsche Bundespräsident proklamiert in Berlin die Wiedervereinigung Deutschlands. Damit wird ein Jahr nach dem politischen Umbruch in der DDR die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene Teilung Deutschlands in die westlich orientierte BRD und die kommunistische DDR rückgängig gemacht.

Ausland

8. Oktober: Großbritannien tritt dem Europäischen Währungssystem (EMS) bei. Die englische Währung bindet sich in einer Bandbreite von 6% an die DM, derzeit die Leitwährung des EMS. Grundsätzlich sollte für alle teilnehmenden Währungen eine enge Bandbreite von 2,25% gelten.

9. Oktober: Auf dem Spotmarkt in Rotterdam zahlt man mit 40,85 \$ je Barrel den bisher höchsten Preis für Rohöl der Marke Brent.

11., 12. Oktober: Die am 4. Gipfeltreffen der „Gruppe von Rio“ in Caracas beteiligten Länder Argentinien, Brasilien, Chile, Ecuador, Kolumbien, Mexiko, Uruguay, Venezuela und Peru wollen einen eigenen Integrationsraum in Form einer panamerikanischen Freihandelszone schaffen.

16. Oktober: Der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften geht 1990 an Harry Markowitz, Merton Miller und William Sharpe aus den USA für ihre Arbeiten zur Theorie der Finanzökonomie und Unternehmensfinanzierung.

23. Oktober: Die Blockade der UNO hat Versorgungsengpässe im Irak zur

Die Weltwirtschaft steht unter dem Einfluß der Golfkrise. Am 15. Jänner läuft das UNO-Ultimatum an den Irak zum Abzug aus Kuwait ab. Ein vom Sicherheitsrat gebilligter militärischer Einsatz internationaler Streitkräfte wird vorbereitet. Trotz dieser Rahmenbedingungen fiel der Erdölpreis vor Jahresende auf unter 30 \$. Die KSZE-Konferenz in Paris beschließt ein Bekenntnis der west- und osteuropäischen Staaten zu Demokratie und Marktwirtschaft. Dennoch droht der Zerfall in ein reiches und ein armes Europa. Die Ressourcenknappheit in den ehemals kommunistischen Ländern wird die wirtschaftliche Solidarität Europas in den nächsten Monaten auf die Probe stellen. Die EG hat ein Hilfspaket für die UdSSR verabschiedet. Sie forciert ihre künftige Entwicklung zu einer politischen Union. Der Abschluß der 8. Welthandelsrunde des GATT scheitert, weitere Verhandlungen sind erforderlich.

Folge und erfordert eine Rationierung von Benzin wegen des Mangels an Chemikalien in den Raffinerien. Nahrungsmittel wurden bereits Anfang September rationiert.

28. Oktober: Anlässlich eines informellen Gipfeltreffens beschließen die Staats- und Regierungschefs der EG-Länder in Rom, im Jänner 1994 mit der Gründung einer europäischen Zentralbank die zweite Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion in Angriff zu nehmen.

29. Oktober: Eine weitere Aufforderung des UNO-Sicherheitsrates an den Irak, sich aus Kuwait zurückzuziehen, sowie die Forderung nach Reparationszahlungen an die durch die Annexion geschädigten Länder wer-

den in der UNO-Resolution Nr. 674 festgehalten.

2. November: Die Deutsche Bundesbank hebt den seit Oktober 1989 mit 8% fixierten Lombardsatz auf 8,5% an.

13. November: Die Notenbankpräsidenten der EG-Länder einigen sich auf den Entwurf eines Statuts für die EG-Zentralbank. Die Zentralbank verpflichtet sich, die Preisstabilität in der EG zu verteidigen, sie muß von politischen Einflüssen unabhängig sein, ihre Verantwortung für die Geldpolitik ist unteilbar, sie darf staatliche Defizite nicht über eine Ausweitung der Geldmenge finanzieren.

21. November: Anlässlich des zweiten Gipfeltreffens der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) bekennen sich die 34 KSZE-Mitglieder in der „Charta von Paris für ein neues Europa“ zu Demokratie, Freiheit und Marktwirtschaft.

22. November: Margaret Thatcher tritt nach über elf Jahren als Premierminister Großbritanniens zurück. Die konservative Politikerin prägte einen politischen Stil, der als „Thatcherismus“ ihre Deregulierungs- und Privatisierungsbemühungen umschreibt.

28. November: Die Weltbank stellt in einem Fonds für Umweltschutzprojekte ab Mitte 1991 1 Mrd. \$ zur Verfügung. Diese „Global Environmental Facility“ soll im Kampf gegen den „Treibhauseffekt“ und das „Ozonloch“, zum Schutz des Regenwaldes und zur Eindämmung der Abfallver-

senkung in den Weltmeeren eingesetzt werden

29. November: Der UNO-Sicherheitsrat bevollmächtigt die Mitgliedstaaten, sollte der Irak Kuwait nicht bis zum 15. Jänner 1991 verlassen „alle notwendigen Mittel einzusetzen“, um den bedingungslosen Abzug des Irak aus Kuwait durchzusetzen (Resolution Nr. 678). Die UNO billigt damit erstmals den Einsatz von Militär.

6. Dezember: Saddam Hussein kündigt an, die im Irak festgehaltenen Ausländer noch vor Weihnachten freizulassen. Der Preis von Rohöl der Marke Brent sinkt auf 27,70 \$ je Barrel.

7. Dezember: In Brüssel scheitern die GATT-Verhandlungen auf Ministerienebene. Vor allem in den Gesprächen zwischen der EG und Drittländern zu agrarpolitischen Themen fehlte es an der Bereitschaft zu Zugeständnissen. Die Verhandlungen der 8. Welthandelsrunde werden nun in Genf auf Beamtenebene weitergeführt.

15. Dezember: Die Staats- und Regierungschefs der EG eröffnen die Regierungskonferenzen zur politischen Union und zur Wirtschafts- und Währungsunion. In diesen Konferenzen werden Ergänzungen zu den Römischen Verträgen erarbeitet, die 1992 ratifiziert werden sollen. Die UdSSR erhält von der EG Nahrungsmittelhilfe von 250 Mill. ECU und mittelfristige Kredite von 500 Mill. ECU.

Österreich

9. Oktober: Der Verfassungsgerichtshof hebt den § 2 Abs. 1 des Bundesgesetzes von 9. Juli 1958 über

die Ladenöffnungszeiten an Werktagen (Öffnungszeitengesetz, BGBl. 156/1958 i. d. F. BGBl. 633a/1989) als verfassungswidrig mit 30. Juni 1991 auf. Die von einigen Gewerbetreibenden angefochtene gesetzliche Regelung „begrenzt die zulässigen Öffnungs-

Mit seinem Entscheid über die Ladenöffnungszeiten forciert der Verfassungsgerichtshof eine Liberalisierung des Handels. Einen weiteren wirtschaftspolitischen Eingriff durch das Höchstgericht bedeutet die Aufhebung des unterschiedlichen Pensionsalters von Männern und Frauen. Sie wird Anlaß zu grundlegenden Reformen im Pensionswesen sein. In den Koalitionsverhandlungen einigen sich SPÖ und ÖVP zu Fragen der Steuerreform, der Ausgliederung der ÖBB aus dem Budget sowie des Karenzgeldersatzes für Mütter, die keinen Anspruch auf Karenzurlaubsgeld haben. 2½ Monate nach den Wahlen wird die neue Bundesregierung angelobt.

zeiten von Verkaufseinrichtungen, beschränkt damit die Möglichkeit der Erwerbsausübung und greift daher in das verfassungsgeschützte Recht auf Erwerbsfreiheit ein“, so die Argumentation der Höchstrichter.

1. November: Die Kollektivvertragslöhne der Arbeiter der Metallindustrie werden um 8%, die Ist-Löhne um 6,3% angehoben. Die Lohnvereinbarungen zwischen den Arbeitnehmern und der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie sehen überdies vor, daß Stundenlöhne unter 74,85 S (monatlich 12.500 S) um zusätzlich 1 S erhöht werden.

Die Kollektivvertragsgehälter der Industrieangestellten steigen nach Branchen unterschiedlich um 6,5% bis 9%, die Ist-Gehälter um 6% bis 6,3%.

Damit liegt das Mindestgrundgehalt in allen Branchen über 10.000 S. Angestellte der Elektrizitätswerke erhalten um 6,3% höhere Ist-Gehälter, die Mindestgehälter werden im Durchschnitt um 8% angehoben.

14. November: Wegen des Stopps der Bauarbeiten am Donaukraftwerk Nagymaros zahlt der ungarische Vertragspartner Oviher an die österreichische Donaukraftwerke AG Schadenersatz von 2,65 Mrd. S.

Dezember: Das Budgetüberschreitungs-gesetz sieht Ausgaben von 7 Mrd. S vor, sie werden durch 1,7 Mrd. S an Mehreinnahmen, 4,3 Mrd. S an Entnahmen aus Rücklagen und 1,9 Mrd. S an Ausgabenrückstellungen finanziert.

5. Dezember: Präsident Ing. Rudolf Sallinger übergibt nach 26 Jahren die Leitung der Bundeswirtschaftskammer an Leopold Maderthaler.

6. Dezember: Die Regelung eines unterschiedlichen Pensionsantrittsalters von Männern und Frauen wird vom Verfassungsgerichtshof als verfassungswidrig aufgehoben. Laut Art. 7 Abs. 1 Bundesverfassungsgesetz — dem Gleichheitsgrundsatz — sind alle Bundesbürger vor dem Gesetz gleich. Vorrechte nach dem Geschlecht sind demnach ausgeschlossen, sofern keine sachliche Rechtfertigung für die geschlechtsspezifische Unterscheidung vorliegt. Die Aufhebung tritt am 30. November 1991 in Kraft.

17. Dezember: 2½ Monate nach den Wahlen vom 7. Oktober wird das Koalitionsabkommen zwischen SPÖ und ÖVP unterzeichnet und das dritte Kabinett Vranitzky vom Bundespräsidenten angelobt.

Abgeschlossen am 31. Dezember 1990.